

Positionspapier – Kurzversion

Die **Plattform Zukunft Psychiatrie** ist ein dialogischer Zusammenschluss von Organisationen und Initiativen von Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und Professionist*innen in der Begleitung, Behandlung und Betreuung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Der Begriff „Dialog“ steht dabei für eine offene, gleichberechtigte Begegnung und Zusammenarbeit von Erfahrungsexpert*innen – also Menschen, die psychische Erkrankung erleben oder erlebt haben –, Angehörigen und Professionist*innen (Expert*innen aus eigener Erfahrung – Expert*innen aus Miterfahrung – Expert*innen durch Ausbildung und Beruf). Gemeinsames Ziel ist es, in Wien die **psychosoziale Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen** umfassend zu **verbessern** und **weiterzuentwickeln**. Unter psychosozialer Versorgung werden alle psychiatrisch-medizinischen, therapeutischen, diagnostischen und präventiven Maßnahmen verstanden, wie insbesondere Begleitung, Beratung, Psychotherapie, ambulante Angebote, die psychiatrische Versorgung im stationären Bereich und die Nachbetreuung mit entsprechenden Angeboten in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung und Soziales.

Die Plattform Zukunft Psychiatrie ortet eine sich schon länger anbahnende **Krise der psychosozialen Versorgung in Wien**, die sich zunehmend zuspitzt. Es gibt kein gemeinsam entwickeltes, integriertes psychosoziales Versorgungssystem bestehend aus ambulanten, aufsuchenden und stationären Angeboten mit therapeutischem und rehabilitativem Fokus. **Probleme in der Qualität und in den Schnittstellen**, aber auch in sozialpsychiatrischen Grundhaltungen sind erkennbar. Dies äußert sich z.B. in einer Zunahme der sog. „Drehtürpsychiatrie“, also häufigen kurzen stationären Aufenthalten mit unzureichender Stabilisierung. Die **qualitative und quantitative Unterversorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen** betrifft aber nicht nur die Akutpsychiatrie, sondern auch die ambulante Behandlung, Begleitung und Betreuung in Ambulanzen und Tageskliniken, in Psychotherapie und Rehabilitation. Neben den unmittelbaren Risiken und negativen Folgen für Menschen mit psychischen Erkrankungen hat die Unterversorgung auch negative Auswirkungen **für deren Wohnsituation, Betreuung, Begleitung und Beschäftigung und für deren Angehörige**. Menschen mit psychischen Erkrankungen erleben sich im Rahmen ihrer Behandlung oft vorwiegend als Objekte. Denn im Vordergrund stehen von Institutionen vorgegebene Behandlungsabläufe, an die sich die Patient*innen anpassen müssen. Erfahrungsexpert*innen, Angehörige und Betreuungspersonen werden in Planungs- und Betreuungsprozesse in zu geringem Maße einbezogen. Wenn sie einbezogen werden, findet ihre Expertise oft wenig Berücksichtigung.

Der psychosoziale und psychiatrische Bereich verliert auch zunehmend an Attraktivität als Arbeits- und Ausbildungsort. Neben Ressourcenmangel und strukturellen Problemen ist dies auch der fehlenden Förderung von integrierten Behandlungs- und Betreuungssystemen und damit zusammenhängend fehlenden beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten geschuldet.

Zentrales Anliegen der *Plattform Zukunft Psychiatrie* ist in einem ersten Schritt eine politisch getragene **Auseinandersetzung über die Aufgaben und Ziele der psychosozialen Versorgung in unserer Stadt**, und zwar unter umfassendem Mitwirken von Menschen mit psychischen Erkrankungen und allen relevanten Akteur*innen. Dazu bedarf es einer gleichberechtigten Gestaltung unter voller Transparenz

der Entscheidungsprozesse. Im Rahmen des *Psychiatrischen und Psychosomatischen Versorgungsplans Wien 2030 (PPV)* wurden zwar bislang zahlreiche wichtige Anliegen erkannt und notwendige Veränderungen eingebracht und diskutiert. Teils wurden und werden die Anliegen der Erfahrungsexpert*innen aber missverstanden und fehlinterpretiert und finden darin keine Berücksichtigung. Die Ergebnisse sind insgesamt weitestgehend nicht transparent zugänglich und die Umsetzung scheint sehr eingeschränkt zu erfolgen.

Systemveränderungen und Zusammenarbeit sowie die Etablierung neuer Modelle können aus Sicht der Plattform Zukunft Psychiatrie nicht bis 2030 warten. Vielmehr besteht ein **dringender Handlungsbedarf**, der sich nicht zuletzt an die zuständigen Politiker*innen und sonstigen Entscheidungsträger*innen in dieser Stadt richtet. Wien läuft akut Gefahr, die positiven Ergebnisse der Psychiatriereform der 1980er und 1990er Jahre aufs Spiel zu setzen.

Es benötigt **jetzt** eine **konkrete Förderung, Finanzierung und Anerkennung von Projekten zur integrierten Versorgung** und die **Umsetzung von alternativen Behandlungskonzepten**, die Menschen mit psychischen Erkrankungen bedarfs- und bedürfnisorientiert nach dem Prinzip der aktiven Teilhabe begegnen. Dabei geht es nicht nur darum, die Meinung von Erfahrungsexpert*innen einzuholen, sondern es muss auch deren Mitbestimmung selbstverständlich werden. Auch im Rahmen der Novelle des Unterbringungsgesetzes (UbG-Novelle 2022, *siehe unten*) müssen dringend Pilotprojekte gestartet werden, um den in Zukunft gemeinsam zu formulierenden Behandlungsplan und das nachweisliche Bemühen um eine angemessene soziale und psychiatrische Betreuung rechtzeitig flächendeckend etablieren zu können.

Mittel- und langfristig bedarf es aus Sicht der Plattform Zukunft Psychiatrie einer Wiederbesinnung und **Weiterentwicklung von sozialpsychiatrischen Werten** und Grundhaltungen und einer Planung von **Angeboten innerhalb und außerhalb der Psychiatrie**, und zwar unter umfassender Einbindung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, wie sie nicht zuletzt in der UN-BRK verpflichtend vorgesehen ist. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen selbst als steuernde Akteur*innen ihrer Behandlung auftreten. Die gesellschaftspolitische Botschaft der Psychiatrieenquête der 1980er Jahre muss dringend erneuert und aktualisiert werden.

Zu diesem Zweck hat die Plattform Zukunft Psychiatrie ein **ausführliches Positionspapier** erarbeitet. Darin wird aufgezeigt, dass sich diese Forderungen auch im **rechtlichen Rahmen** widerspiegeln. **Detaillierte Problemanalysen** widmen sich der psychiatrischen Versorgung in den Krankenhäusern, und im extramuralen Bereich, insbesondere auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Auch an den Schnittstellen zeigt sich dringendes Verbesserungspotential, um die Situation nicht zuletzt auch für betreuende Organisationen und Angehörige zu entlasten. Zudem wird auf den Reformbedarf im ambulanten Bereich, in Psychotherapie, in Rehabilitation, bei Beschäftigungsangeboten und bei unterstützenden Wohnangeboten eingegangen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf **Maßnahmen zu Recovery und Empowerment** von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Es wird nicht nur gefordert, endlich eine Möglichkeit zu schaffen, persönliche Assistenz oder auch Genesungsbegleitung in Anspruch zu nehmen, sondern auch, alternative Angebote, die bereits in anderen Städten erfolgreich sind, zu erproben und zu etablieren, wie etwa Netzwerkgespräche (*Open Dialogue*), Krisenwohnungen und Soteria.

Zahlreiche Personengruppen sind **aufgrund weitergehender besonderer Bedürfnisse** innerhalb des bestehenden Behandlungs- und Betreuungssettings auf unterschiedlichen Ebenen **zusätzlich benachteiligt**. Dies betrifft insbesondere Menschen ohne Versicherung/*Sans papiers*, von Obdachlosigkeit betroffene Menschen, Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Fluchterfahrung; und Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder Autismusspektrumstörungen. Fehlende Angebote und Spezialisierungen werden dabei auch in den Bereichen Gendersensitive Psychiatrie, der peripartalen Psychiatrie, für LGBTIQ*-Personen und in den Bereichen Geriatrie und Sucht verortet.

Konkrete Forderungen und Verbesserungsmöglichkeiten

Um diesen Problemen strukturell, aber auch unmittelbar zu begegnen und entgegenzuwirken, fordern wir als Plattform Zukunft Psychiatrie **strukturelle Änderungen** ebenso wie Punkte und Projekte, die **unmittelbar umgesetzt** werden können. Dafür müssen zwar grundlegend die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig können aber durch den Ausbau von niederschweligen, ganzheitlichen Angeboten und besserer Vernetzung Kosten – und nicht zuletzt menschliches Leid – auch drastisch reduziert werden.

1.) Wir fordern das Schaffen von Strukturen für einen politisch getragenen Diskurs über die Aufgaben und Ziele der psychosozialen Versorgung in Wien

- Schaffung eines regelmäßigen und transparenten Austauschs mit Entscheidungsträger*innen unter Einbezug aller relevanter Akteur*innen, insbesondere auch der Erfahrungsexpert*innen und Angehörigenvertreter*innen.
- Förderung von sozialpsychiatrischen, interdisziplinären und dialogisch getragenen Fachtagungen zur fachlichen Weiterentwicklung der Sozialpsychiatrie.

2. Wir fordern das Mitwirken von Psychiatrieerfahrenen/Erfahrungsexpert*innen/Peers und ihrer Angehörigen in sozial- und gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse

- Umfassendes Einbeziehen und Mitwirken von Erfahrungsexpert*innen und ihrer Angehörigen in Beratungs- und Expert*innengremien im Wiener Gesundheitsverbund, den Beiräten der Stadt Wien zum Regionalen Strukturplan Gesundheit Wien (RSG), dem PSD, FSW und den verantwortlichen Magistratsabteilungen.
- Förderung und strukturelle Verankerung von dialogischen Ausbildungs- und Behandlungskonzepten
- Sensibilisierung und Qualifizierung aller Berufsgruppen des psychiatrischen und psychosozialen Bereichs durch Erfahrungsexpert*innen
- Etablierung einer unabhängigen Peerberatungsstelle, in der u.a. eine von Peers geführte Ombuds- und Beschwerdestelle angeboten wird
- Schaffung einer kostenlosen Ausbildung für Genesungsbegleiter*innen

3. Wir fordern gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung in den Krankenanstalten

- Personelle und finanzielle Investition in die psychiatrische Akutbehandlung zur Sicherstellung einer adäquaten Betreuung
- Strukturelle Förderung von Aus- und Weiterbildung und Attraktivierung der Arbeitsplätze
- Gezielte Maßnahmen zur Inklusion von Personen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in alle Berufsgruppen
- Etablierung von Genesungsbegleitung durch qualifizierte Erfahrungsexpert*innen
- Ausbau der Stellen für klinische Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen
- Forderung und Förderung von strukturellen Änderungen im Umgang mit Gewalt und Prävention von Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie anhand bestehender Leitlinien
- Gezieltes Fördern und zur Verfügungstellung von Ressourcen für Projekte zur integrierten Versorgung (Vernetzung verschiedener Fachdisziplinen)
- Pilotprojekte zur Umsetzung des neuen Behandlungsplans im Rahmen der UbG-Novelle und der Vernetzungspflicht mit extramuralen Betreuungsangeboten
- Verbesserung der Kommunikation zwischen stationären Einrichtungen, betreuenden psychosozialen Einrichtungen und Angehörigen zur Sicherstellung einer ganzheitlichen Unterstützungs- und Behandlungskontinuität.
- Ausbau von Ambulanzen und tagesklinischen Angeboten in den Versorgungsabteilungen

4. Wir fordern den gezielten Ausbau des extramuralen Bereichs, von Maßnahmen zu Recovery und Empowerment von Menschen mit psychischen Erkrankungen

- Ausbau der extramuralen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote auf allen Ebenen
- (Weiter-)Entwicklung von mittel- und langfristigen Behandlungs- und Rehabilitationsmaßnahmen für alle Menschen mit psychischen Erkrankungen
- Bereitstellung von persönlicher Assistenz auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen, unabhängig von einer eventuell (auch) vorliegenden somatischen Beeinträchtigung
- Förderung von Pilotprojekten zur Etablierung von alternativen extramuralen Angeboten nach bestehenden internationalen Best-practice-Modellen (z.B. Krisenteams, Weglaufhäuser, Respite Homes, betreute Krisenwohnungen).

5. Wir fordern Sensibilisierung und den Ausbau von spezifischen Angeboten für zusätzlich benachteiligte Gruppen, insbesondere

- Ausbau der stationären Angebote mit Spezialisierung auf transkulturelle Psychiatrie und migrationsbedingte Erkrankungen

- Schulung der multiprofessionellen Behandlungsteams in den psychiatrischen Ambulatorien und psychiatrischen Krankenhäusern in Hinblick auf Patient*innen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung sowie Ausbau und Einsatz eines Dolmetschangebots
- Bedarfsgerechter Ausbau von psychosozialen Unterstützungsleistungen insb. im Bereich der Wohnungslosen- und Flüchtlingshilfe
- Berücksichtigung der Möglichkeit von Doppelförderungen, wenn das im Sinne der Betroffenen ist (z.B. Kombination aus Leistungen der Flüchtlings- bzw. Wohnungslosenhilfe mit ambulanten Leistungen aus der Behindertenhilfe)
- Spezifische Sensibilisierungs- und Schulungsprogramme und der Ausbau spezialisierter Angebote für Gruppen mit spezifischen Bedürfnissen

Wien, Jänner 2023